

Schluss mit dem Berliner Egotrip in der Uno

Deutschland kann im Sicherheitsrat Europa und die Welt stärken – dafür muss sich die Bundesregierung aber von ihrer Obsession befreien, einen ständigen Sitz anzustreben

Thorsten Benner

Ab dem 1. Januar findet sich das Schild „Germany“ wieder auf dem hufeisenförmigen Tisch des mächtigsten Klubs der Weltpolitik: Deutschland wird für zwei Jahre als nichtständiges Mitglied in den Uno-Sicherheitsrat einziehen. Wie Bundesaußenminister Guido Westerwelle treffend bemerkte, war die Wahl „Vertrauensbeweis und Vertrauensvorschuss zugleich“. Doch wie kann Deutschland diesem Vorschuss gerecht werden?

Viel steht auf dem Spiel: Zum ersten Mal sind mit Brasilien, Indien, Südafrika, China und Russland die wichtigsten der gemäss „aufstrebend“ bezeichneten Mächte gleichzeitig im Sicherheitsrat. Die nächsten beiden Jahre sind ein Lackmuster, ob der alte Westen und die „neuen“ Mächte konstruktiv zusammenarbeiten können. Und dies in einem Gremium, wo es – anders als in der G20 – um Krieg und Frieden geht und Mitglieder in Konflikten ständig Farbe bekennen müssen.

Dabei geht es auch um die Rolle des krisengeschüttelten Europa in dieser neuen Weltordnung. Der alte Kontinent stellt nun mit Deutschland, Portugal sowie den beiden ständigen Mitgliedern Großbritannien und Frankreich mehr als ein Viertel des Sicherheitsrats – doch wird Europa mit einer Stimme sprechen? Nur wenn Europa als eine geeinte Bastion für die Werte der Uno-Charta auftritt, macht sich die Union weltpolitisch zukunftsfähig.

Deutschland kann hierzu entscheidend beitragen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Berlin die richtigen Prioritäten setzt – und die Kampagne um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat aussetzt. Leider weist gerade hier die Bundeskanzlerin in die komplett falsche Richtung. Letzte Woche verkündete Angela Merkel tatenfroh, sie halte die zweijährige nichtpermanente Mitarbeit im Uno-Sicherheitsrat für „eine sehr gute Möglichkeit“, die Bemühungen um einen ständigen Sitz voranzutreiben. Eine gefährliche Strategie. Nicht nur würde die Fortführung dieses deutschen Egotrips knappe diplomatische Ressourcen fressen, die Deutschland für die anspruchsvolle inhaltliche Arbeit im Sicherheitsrat benötigt. Sofort würden Länder wie Italien und Spanien – die der Kanzlerin seit der Euro-Krise mit großem Misstrauen begegnen – den Widerstand gegen Deutschland in New York intensivieren. Das Bild würde an die de-strastöse Zeit der Irakdebatte 2003 erinnern und wäre fatal: Europas Staaten sind heillos zerstritten. Und vom Rest der Welt wird sich Deutschland anhören müssen, dass man Berlin als drittgrößten Beitragszahler schätze, aber Europa im Sicherheitsrat überrepräsentiert ist.

Eine Chance für eine Stimme

Ganz anders ist die Situation, wenn sich Deutschland vom Mühlstein der Bewerbung um einen ständigen Sitz befreit. Die Bundesregierung kann verlorene europapolitische Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, indem sie sich im Sicherheitsrat für ein gemeinsames europäisches Auftreten einsetzt. Dazu gehört auch, den Vorschlag Portugals zu unter-

stützen, einen Vertreter des neuen Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) mit in die Sicherheitsratsdelegation zu nehmen. Dies wird für die auf ihren Sonderstatus erpichteten ständigen Mitglieder Frankreich und Großbritannien gewöhnungsbedürftig sein – aber wenn Deutschland mit 24 weiteren EU-Staaten Momentum dafür aufbaut, sähe der Widerstand der Alteingesessenen kleinkrämerisch aus. Und auch der gemeinsame EU-Sitz erschiene dann nicht wie ein Alibi-Argument für das Streben nach einem deutschen Sitz, sondern als denkbare mittelfristige Lösung.

Auch gegenüber dem Rest der Welt könnte Deutschland dann befreit agieren. Der Schwarze Peter der Sicherheitsratsreform fiele so Asien, Afrika und Lateinamerika zu, die sich jeweils auf einen Vertreter in einem erweiterten Sicherheitsrat verständigen müssten. Wichtiger noch: Deutschland könnte die Ressourcen des Teams um den herausragenden deutschen Uno-Botschafter Peter Wittig allein dazu nutzen, inhaltliche Akzente zu setzen.

Berlin als Friedensstifter

Bedarf dafür werden die zahlreichen Krisen liefern, mit denen der Sicherheitsrat in den kommenden beiden Jahren konfrontiert sein wird. Bei zwei absehbaren Krisenherden kann Deutschland besondere Akzente setzen. Erstens im Fall Afghanistan. Hier kommt Deutschland eine zentrale Rolle zu, da es auf Bitten der afghanischen Regierung eine internationale „Petersbergplus zehner“-Konferenz Ende 2011 ausrichten wird. Im Sicherheitsrat sollte sich Deutschland dafür einsetzen, dass Afghanistan im Falle des Nato-Rückzugs nicht einfach einer überforderten Uno-Mission vor die Füße geworfen wird.

Zweitens im Fall Sudan, dem neuralgischen Punkt der Uno-Friedenssicherung in Afrika. Hier droht nach dem Referendum Anfang des neuen Jahres ein Krieg, falls sich der Süden vom Norden lossagt. Der offizielle Geburtstermin eines unabhängigen Südsudan fiele in den Juli – wenn die Deutschen für einen Monat die Präsidentschaft des Sicherheitsrats übernehmen. Insbesondere auf China und Indien, die im Sudan wirtschaftlich und politisch stark engagiert sind, sollte Deutschland Druck ausüben, sich für eine friedliche Lösung starkzumachen. Deutschland würde dann entscheidend an der Mandatierung einer neuen Blauhelmission im Südsudan mitwirken. Generell sollte sich Deutschland für eine Stärkung des Instrumentariums der Uno-Blauhelme einsetzen.

All dies erfordert das Bohren dicker Bretter, aber im Erfolgsfall wäre die Wirkung enorm. Ende 2012 könnte Deutschland stolz auf ein gestärktes Europa in einem handlungsfähigeren Sicherheitsrat zurückblicken. Dann wäre es dem vom Außenminister zitierten Vertrauensvorschuss mehr als gerecht geworden – statt diesen mit einer Fortführung der eigensinnigen Kampagne für einen ständigen Sitz zu verspielen.

Thorsten Benner ist stellvertretender Direktor des Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin.

Die Voodoo-Ökonomie der USA

Demokraten und Republikaner hoffen, die amerikanische Wirtschaft durch Steuersenkungen ankurbeln zu können. Das ist riskant – und könnte das Rating des Landes gefährden

Simon Johnson

In den USA überschlagen sich die Führungsspitzen der Demokraten und Republikaner derzeit vor lauter Übereinstimmung darüber, wie wichtig große Steuersenkungen seien. Ende vergangener Woche unterzeichnete Präsident Barack Obama ein Gesetz, das massive Steuermachlässe um zwei Jahre verlängert – nicht nur für die Mittelschicht, sondern auch für sehr reiche Menschen. Deutet dieser lang ersehnte parteiübergreifende Konsens darauf hin, dass sich ein neues, stärkeres Amerika anbahnt?

Leider trifft das Gegenteil zu. Wir haben es hier mit einem sehr gefährlichen Ansatz zu tun: mit der Fortführung und Ausweitung dessen, was Präsident George H.W. Bush – der Vater von George W. Bush – einst als „Voodoo Economics“ bezeichnet hat. Die Folgen dieser Politik sind gerade dabei, Amerika und die Welt einzuholen.

Bush senior bewarb sich 1980 neben Ronald Reagan um die Nominierung als republikanischer Präsidentschaftskandidat. Reagan behauptete, Steuersenkungen würden sich bezahlt machen, weil dadurch die Einnahmen in Wirklichkeit steigen würden – eine Vorstellung, die als „Angebotspolitik“ bekannt wurde. Es ist nicht falsch, sich um die demotivierenden Auswirkungen höherer Steuern zu sorgen, aber die von Reagan vorangetriebene Extremversion passte nicht für die Vereinigten Staaten. Wenn man Steuern senkt, nimmt man weniger ein, und das führt zu einem größeren Haushaltsdefizit.

Natürlich behauptet heute kein ernst zu nehmender Mensch, dass dieser Reagan-Effekt vollständig zum Tragen kommen würde – teilweise deshalb, weil das Haushaltsbüro des Kongresses für korrekte Berechnungen sorgt und im Detail zeigt, dass die Steuersenkungen das Defizit um bis zu 900 Mrd. Dollar ansteigen lassen werden. Aber Reagans Grundargument wird immer noch gern verwendet: Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Wirtschaft wächst nicht schnell genug, und wir „brauchen Steuersenkungen“.

Die Erfahrungen mit der Fiskalpolitik der letzten Jahrzehnte zeigen: Die Wirtschaft mittels willkürlicher Steuersenkungen anzukurbeln lohnt sich nur gelegentlich – vor allem dann, wenn das Gegenteil

verhängnisvolle Folgen hätte. Daher war es sinnvoll, Anfang 2009 Konjunkturprogramme aufzulegen.

Allgemeiner gilt, dass Steuersenkungen eher wenig dauerhafte Auswirkungen haben, wie man eben jetzt sieht. Es gibt vielleicht einen zeitweiligen positiven Effekt auf die Nachfrage – oder aber höhere Zinssätze konterkarieren die konjunkturbelebenden Maßnahmen. So liegt der Zinssatz der zehnjährigen US-Staatsanleihen derzeit signifikant höher als vor gut einem Monat, als die Diskussion über Steuersenkungen konkret begann.

Der Markt ist nervös – hauptsächlich wegen der enormen Haushaltsdefizite. Einige Kommentatoren tun dies als irrational ab, aber das ist Wunschenken. Die bahnbrechende Arbeit meiner langjährigen Kollegin Carmen Reinhart verdeutlicht dies anschaulich: Kein Land, auch nicht die USA, entkommt den nachteiligen Auswirkungen anhaltend hoher Haushaltsdefizite.



„Die Probleme der Euro-Zone sind für die USA derzeit hilfreich, wenn es darum geht, Anleihen auf den Markt zu bringen“

SIMON JOHNSON ist ehemaliger Chefökonom des IWF und Professor am MIT Sloan

In diesem Umfeld könnte sich eine weitere Steuersenkung als kontraproduktiv erweisen, da die zusätzlichen Ausgaben durch die negativen Auswirkungen höherer Zinssätze auf den Häusermarkt aufgewogen werden. Die amerikanische Notenbank Federal Reserve hat zwar versprochen, die längerfristigen Sätze niedrig zu halten, aber ihre Zusagen scheinen in dieser Hinsicht momentan wirkungslos.

Allerdings ist das nicht die wirkliche Gefahr. Die meisten amerikanischen Politiker denken und reden ausschließlich über die USA. Aber die längerfristigen amerikanischen Zinssätze sind in hohem Ausmaß auch von den Entwicklungen in anderen Teilen der Welt abhängig – und davon, wie private Investoren die US-Staatsschulden im Verhältnis zu den Schulden anderer Länder beurteilen.

Die Probleme der Euro-Zone sind für die USA sicher hilfreich, wenn es darum geht, Anleihen günstiger auf den Markt zu bringen – vorerst zumindest. Aber es bestehen gute Chancen, dass die

Euro-Zone ihre Schwierigkeiten innerhalb eines Jahres (höchstwahrscheinlich nach einer oder zwei erneuten Krisenrunden) zumindest teilweise bewältigt haben wird. Es wäre absolut sinnvoll, wenn sich eine gestärkte, politisch besser integrierte und von Deutschland geführte Kernzone formierte – und zwar innerhalb einer Euro-Zone, die über eine andere Zusammensetzung, eine andere Struktur und ganz andere Regeln verfügt. Eine solche, haushaltspolitisch stärker geeinte politische Einheit wäre für Anleger höchst attraktiv.

Wie aber wird die Wirtschaft der USA in einem Jahr aussehen? Die Auswirkungen kurzfristiger Steuersenkungen werden verpufft sein, die Arbeitslosigkeit wird noch immer hoch sein, und sicher werden einige Politiker weitere Steuersenkungen fordern. Das Haushaltsdefizit wird sich wahrscheinlich zwischen acht und zehn Prozent des BIPs bewegen, wenn das Wachstum irgendwie zurückkehrt. Die An-

leihemärkte werden viel nervöser sein. Das bedeutet höhere Zinszahlungen und damit ein noch größeres Defizit. Möglicherweise droht sogar eine Herabstufung der US-Anleihen durch die Ratingagenturen – was weiter steigende Zinssätze bedeuten würde.

Manche Menschen hatten gehofft, dass Paul Ryan, der neue Star der Republikaner, eine haushaltspolitisch verantwortliche Rolle in der nächsten Runde der Defizitdebatte spielen würde. Allerdings deutet alles darauf hin, dass er Haushaltspolitik ebenso leichtsinnig betreibt wie die meisten seiner republikanischen Kollegen seit Ronald Reagan.

Leider gibt es noch keine Anzeichen dafür, dass die Führung der Demokraten für eine solche ernsthafte Auseinandersetzung über Haushaltskonsolidierung bereit ist. Die Führungen beider Parteien werden dorthin gelangen, aber erst, wenn sie von den Finanzmärkten dorthingezerrt wurden.

www.project.syndicate.org

Gefährliche Beweglichkeit

Begriffe wie Transferunion und Wirtschaftsregierung sind inzwischen positiv besetzt. Für die Bewohner Eurolands ist das ein Grund zum Fürchten



Lucas Zeise

Und sie bewegt sich doch: „Das geht wieder ein Stück in Richtung Wirtschaftsregierung“, sagte Kanzlerin Angela Merkel nach dem EU-Gipfeltreffen in der vergangenen Woche. Sie sprach gerade so, als könne sie es gar nicht erwarten, jene zu schaffen. Und sie schien vollkommen verdrängt zu haben, dass ihre Regierung es war, die dem Drängen der Franzosen und anderer EU-Länder nach einer auch nur ein wenig koordinierten Wirtschaftspolitik in der Euro-Zone bisher entschieden Widerstand entgegengesetzt hatte.

Wenn man die heutige Position der Bundesregierung mit der vor zwölf oder auch nur sechs Monaten vergleicht, sieht man überall solche Beweglichkeit. Früher stand für die Koalition fest, dass der EU-Vertrag den Bailout eines Mitgliedslands nicht zulässt. Heute gibt es nicht nur bereits Bailouts für zwei Euro-Länder, die Kanzlerin selbst kämpft dafür, dass der Lissabon-Vertrag geändert wird: Die Euro-Länder sollen „einen Stabilitätsmechanismus schaffen“ können. In der verschwurbelten Regierungssprache ist damit nichts weiter als ein Kredit oder eine Kreditgarantie gemeint – also eben ein Bailout im neudeutschen Slang.

Die Bewegung der Kanzlerin hin zu mehr „Solidarität“ mit den Euro-Partnerländern war unfreiwillig. Es handelte sich für jedermann erkennbar um einen Rückzug. Das hinderte viele Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk nicht, davon zu berichten, wie sich Angela Merkel von Konferenz zu Konferenz gegen die EU-Partner durchsetzt habe. Letzte Woche zum Beispiel schmettete unsere

starke Kanzlerin den Vorschlag gemeinsamer Eurobonds ab, wonach die Euro-Staaten einen gemeinsamen Auftritt zur Vermarktung ihrer Schulden organisieren sollten.

Dieser alte Vorschlag, aktuell vortragen von zwei konservativ-christlichen Politikern, dem Luxemburger Premier Jean-Claude Juncker und dem italienischen Finanzminister Giulio Tremonti, sei gar nicht auf die Tagesordnung des Gipfeltreffens gelangt, berichteten Merkels journalistische Siegesmelder. Das Hohe Haus des Europaparlaments, das seit den letzten Wahlen noch stärker als zuvor von Merkels, Silvio Berlusconi und Nicolas Sarkozys konservativen Parteifreunden dominiert wird, habe davon Abstand genommen, sich für Eurobonds auszusprechen.

Das wird als weiterer Sieg der deutschen Regierungsmannschaft angeführt. Stattdessen wurde lediglich die Kommission aufgefordert, Vorschläge zur Ausgestaltung dieser Finanzierungsmethode vorzulegen. Noch ein paar weitere solche Siege gegen ihre engen Verbündeten, und Merkel kann sich die Bezeichnung „Solidaritäts-“ oder kurz „Solibonds“ oder, noch besser, „Merkel-Bonds“ patentieren lassen und den Erlös dann in solchen Anleihen anlegen.

„Wir erleben zurzeit den chaotischen Beginn einer Transferunion“

Wir erleben zurzeit den chaotischen Beginn einer Transferunion. Der Begriff ist eine Erfindung der deutschnationalen, konservativen und erzlberalen Politiker dieses Landes. Es drückt das aus, was ihnen am meisten verhasst ist: dass nämlich sie selbst, sie bezeichnen sich ein wenig

verfremdet als „die deutschen Steuerzahler“, für den Vorteil eines riesigen Binnenmarkts mit stabiler Währung zahlen sollen.

Einige im Ausland fragen sich verwundert, warum die Transferunion mit Europa als Skandal empfunden wird, der viel größere Transfer von Steuergeld und Sozialversicherungsbeiträgen nach Ostdeutschland aber von den Deutschnationalen, Konservativen und Erzlberalen nicht nur klaglos hingenommen, sondern aktiv betrieben wurde. Die Antwort ist einfach: Der damalige Transfer war mit Macht verbunden. Wenn jetzt Geld aus deutschen Staatskassen nach Dublin oder Athen fließt, bringt das zwar sehr viel mehr Einfluss, aber noch nicht die Macht selbst.

Diese Erklärung mag angesichts ihres Verhaltens einfühlbar wirken, soll aber keineswegs Mitleid mit den Transferunionshysterikern wecken. Fast all diese Leute wissen, warum sie jammern und barmen. Es geht um die Macht, wie das in Staatsdingen üblich ist. Dass Geld an den Märkten für Waren, Arbeit oder Kapital vorbeitransferiert wird, ist für Staaten typisch. Die Hysterie über Transfers dient dem Zweck, staatlichen Einfluss schwach und ohnehin starke Marktakteure stark zu halten.

Mitleid ist mit jenen angebracht, die in den Genuss der von Merkel nun angestrebten Wirtschaftsregierung kommen werden – also mit den Euro-Europäern. Wir Bewohner des bevölkerungsreichsten Teilgebiets der Euro-Zone haben die Vorzüge der konservativ-liberalen (auch von Sozialdemokraten gern betriebenen) Wirtschaftspolitik schon zur Genüge gekostet: Arbeit soll sich angeblich lohnen, im letzten Jahrzehnt aber stagnierten die Arbeitseinkommen. Hohe Gewinne sollen kräftige, volkswirtschaftlich nützliche Investitionen nach sich ziehen, die Investitionen in Deutschland heute sind real aber nicht höher als im Westdeutsch-

land der frühen 70er-Jahre – während die Gewinne sich vervielfacht haben.

Man sollte diese deutsche Wirtschaftspolitik nicht nur „restriktiv“ oder „Politik der schwäbischen Hausfrau“ oder des „Gürtel-enger-Schnallens“ nennen. Das vermindlicht sie. Den Gürtel schnallen immer nur einige enger. Die langfristige Verschiebung der Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der Kapitaleite beweist es.

„Die Hysterie über Transfers soll staatlichen Einfluss schwach halten“

Diese Wirtschaftspolitik kann sich aktuell recht erfolgreich präsentieren. Es gab schon mal mehr Arbeitslose, Industrieproduktion und Wirtschaftsleistung erreichen fast Vorkrisenstand. Die Defizite der öffentlichen Hand sind zwar auf Rekordhoch, aber nicht so schlimm wie vor einem halben Jahr befürchtet. Profite explodieren. Die Volkswirte erwarten mit noch größerer Zuversicht als üblich im kommenden Jahr einen spürbaren Aufschwung der Inlandsnachfrage.

Ob sich durch Merkels angeordnete Wirtschaftsregierung auch nur solche bescheidenen Erfolge einstellen werden, darf, nein muss bezweifelt werden. Ganz ohne kaufkräftige Nachfrage kommen Volkswirtschaften nun mal nicht aus. Man wird deshalb über diese interessante Periode einmal sagen: Auch die Transferunion half Euroland nicht mehr, denn sie wurde mit einer aus Deutschland stammenden Wirtschaftsregierung gekoppelt.

E-Mail leserbriefe@ftd.de
Lucas Zeise ist Finanzkolumnist der FTd. Er schreibt jeden zweiten Dienstag an dieser Stelle.

IMPRESSUM

Die **Financial Times Deutschland** ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen.
Sprecher des Chefredakteurskollegiums: Steffen Klusmann
Chefredakteure: Stefanie Burgmaier (Börse Online), Dr. Nikolaus Förster (Impuls), Steffen Klusmann (Capital, FTD)
Stellvertretende Chefredakteure: Christian Baule (Capital), Sven Clausen (FTD), Geron Kruse (Börse Online), Paul Prandl (Capital), Stefan Weigel (FTD)
Artredirektor: Dominik Arndt, Carsten Lüdemann (Stv.)
Geschäftsführende Redakteurin: Isabella Arnold
Chef vom Dienst: Cosima Jäckel, Sven Sorgentrey (Stv.)
Bildchef: Peter Raffelt, Jose Blanco (Stv.)
Unternehmen: Guido Warlimont (Ltg.), Jörn Paterak (Stv.)
Politik: Andreas Theysen (Ltg.)
Finanzen: Tim Bartz, Ina Lockhart (Ltg.)

Geld: Jochen Morsch (Ltg.), Helmut Kipp (Stv.)
Agenda: Horst von Buttar (Ltg.), Claus Gorgs (Ltg.)
Online: Dr. Anton Noz (Ltg.)
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Steffen Klusmann.
Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.
„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ und „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.

G-7 Wirtschaftsmedien GmbH & Co. KG
Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg
Bleeflach 02, 20444 Hamburg
Tel. 040/319 90-0

Geschäftsführer: Dr. Bernd Buchholz, Ingrid M. Haas
Verlagsleitung: Jan Honsel, Dr. Albrecht von Arnswald
Gesamtanzeigeleiterin: Helma Spielker
Anzeigeleiter: Jens Kauerauf
Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Christopher Höpflner, Düsterstr. 1-3, 20355 Hamburg
ISSN 1615-4118
Nachdruckrechte/Syndication: Picture Press Bild- und Textagentur GmbH, Koordination: Petra Martens; Anfragen: Isabella Kamauf, Tel. 040/57 05-2590, E-Mail: kamaufisabella@picturepress.de
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 96167 Augsburg, Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin